medico international

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Warum Menschen fliehen

Ursachen von Flucht und Migration –
Ein Thema für Bildung und Gesellschaft

Inhaltsverzeichnis

3 Vorwort

4 Warum Menschen fliehen

6 Auf der Flucht

8 Krieg und Gewalt
9 Einführung/ 10 Länderbeispiel Syrien/ 11 Porträt Shaza Alfayome

12 Perspektivlosigkeit und Armut
13 Einführung/ 14 Länderbeispiel Mali/ 15 Porträt Ibrahim Camara

16 Diskriminierung und Verfolgung
17 Einführung/ 18 Länderbeispiel Kosovo/ 19 Porträt Sedat und Nazmir Hasani

20 Rohstoffhandel und Landraub
21 Einführung/ 22 Länderbeispiel Sierra Leone/ 23 Porträt Daramy Abdulai

24 Umweltzerstörung und Klimawandel
25 Einführung/ 26 Länderbeispiel Bangladesch/ 27 Porträt Mollika Begum

28 Ausblicke

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
D-60489 Frankfurt/Main
Tel. (069) 78973-0, Fax (069) 78973-201
info@gew.de
www.gew.de

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt/Main
Tel. (069) 94438-0, Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

ViSdP: Katja Maurer und Marlis Tepe
Redaktion: Sarah Holze, Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Martina Schmerr, Elina Stock
Autorinnen und Autoren: Timo Dorsch, Stephan Dünnwald, Thomas Gebauer,
Martin Glasenapp, Anne Jung, Ramona Lenz, Norbert Mappes-Niediek,
Katja Maurer, Christian Sälzer, Sven Wagner
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt
Korrektorat: Marek Arlt
Aktualisierte Auflage März 2017

Titelbild: Sommer 2015: Migrantinnen und Migranten auf dem Weg von Budapest nach Wien. Foto: Mark Mühlhaus/attenzione photographers

Liebe Leserinnen und Leser,

neonfarbene Schwimmwesten, die an den Stränden von Mittelmeerinseln zurückgelassen wurden; Menschengruppen, die zu Fuß über europäische Autobahnen ziehen, und verzweifelte Flüchtlinge, die an den Zäunen der Europäischen Union (EU) rütteln – verstörende Bilder wie diese haben im Sommer 2015 die humanitäre Katastrophe des syrischen Bürgerkrieges und das Elend von Millionen Menschen, die aus verschiedenen Ländern der Welt vor Krieg, Gewalt oder Armut fliehen, in das öffentliche Bewusstsein hierzulande zurückgebracht. Und Tausende in Deutschland und anderen Ländern haben mit ihrer spontanen Hilfsbereitschaft gezeigt, dass es Alternativen zur Ausgrenzung gibt.

Aber gerade jetzt, da diese Broschüre entsteht, haben diejenigen die Meinungsführerschaft übernommen, die Ängste davor schüren, dass Deutschland und Europa von Geflüchteten überrannt werden. Nicht der Hinweis von Kanzlerin Merkel, dass Angst ein schlechter Ratgeber im Privatleben und in der Politik sei, beherrscht heute das politische Geschehen, sondern ein alles überlagernder Handlungsdruck der Flüchtlingsabwehr. Die Fragen, wie viele Flüchtlinge tatsächlich nach Europa oder Deutschland wollen, welche legalen Wege der Zuwanderung geschaffen und welche Maßnahmen zur Sicherung des Asylrechts getroffen werden sollten, stellt fast niemand mehr. Unausgesetzt arbeiten die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedsländer hingegen daran, Flucht und Migration nach Europa wieder weitgehend zu unterbinden.

Alle scheinen sich über die Notwendigkeit einig, dass Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Wenn Regierungen in der Türkei, dem Sudan oder Eritrea Geld geboten wird, damit sie Flüchtlinge aufhalten, obwohl dort die Menschenrechte missachtet und die Menschen unterdrückt werden, dann sind es nicht die Fluchtursachen, die bekämpft werden, sondern allein die Flucht selbst. Anstelle von Demokratie und Menschenrechten ist die eigene Sicherheit die Leitlinie der deutschen und europäischen Außenpolitik.

Die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international leistet seit fast fünfzig Jahren gemeinsam mit Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika Hilfe für Menschen in Not. Einige dieser Partner kommen direkt oder indirekt in der Broschüre zu Wort. Indem sie sich wie medico zugleich für die Beseitigung struktureller Ursachen von Armut und Ausgrenzung einsetzen, ist die Bekämpfung von Fluchtursachen Kern der gemeinsamen Arbeit.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich – in Deutschland und weltweit – für das Menschenrecht auf Bildung ein sowie für ein inklusives Bildungswesen, das alle willkommen heißt. Dazu gehört für die GEW auch, dass Kinder und Jugendliche – aber auch Lehrende und Erziehende – in Deutschland verstehen, aus welchen Gründen Menschen zu uns fliehen und welche Erfahrungen sie mitbringen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Fluchtursachen hilft also zum einen dabei, bedarfsgerechte Bildungsangebote zu schaffen. Zum anderen kann sie dazu beitragen, Bildung für nachhaltige Entwicklung, globales Lernen und Solidarität an Bildungseinrichtungen zu stärken.

Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Wir möchten Stoff liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Der Begriff Flüchtlingskrise ist irreführend. Vielmehr gilt es, die Weltkrise in den Blick zu nehmen, die Flucht und Migration auslöst.

Frankfurt am Main, im Mai 2016

Thomas Gebauer
medico international

Marlis Tepe
GEW

Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Flüchtlinge hat weltweit zugenommen. Was sind die Gründe? Und welche Rolle spielt die Ungleichheit zwischen reichem Norden und verarmtem Süden?

Nie zuvor waren so viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Wie viele es genau sind, kann niemand sagen. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) sind über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR verzeichnet wurde, und sie wächst rasant. Mehr als 40 Millionen von ihnen sind sogenannte Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb eines Landes vertrieben wurden. Die UNHCR zählt aber nur diejenigen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung geflohen und entsprechend registriert worden sind. Hinzu kommen jene, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Den größten Anteil an der gegenwärtigen globalen Migration haben Menschen, die eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht bewegt. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen sich nicht damit abfinden, keine Perspektive zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein.

Viele Ursachen, ein Hauptgrund

Obwohl die Zahl der hier Ankommenden im Jahr 2015 stark gestiegen ist, stellen sie nach wie vor nur einen kleinen Teil der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen dar. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Allein der Libanon hat zwischen eine und zwei Millionen Syrerinnen und Syrer aufgenommen. Mindestens ein Fünftel der Bevölkerung sind jetzt Flüchtlinge. Zum Vergleich: Deutschland müsste mehr als 20 Millionen Menschen aufnehmen, um auf ein solches Verhältnis zu kommen. Auch die meisten der Armuts- und Klimaflüchtlinge suchen meist nicht weit entfernt von ihren Herkunftsorten nach angemessenen Lebensumständen. Sie wandern ab in die Slums der größeren Städte oder bleiben in der Region. Allein in Südafrika sollen sich sieben Millionen Migrantinnen und Migranten ohne Papiere aufhalten – das sind mehr als in ganz Europa, wo zehnmal so viele Menschen leben.

Flucht, Vertreibung und Migration sind weltweite Phänomene, die vielfältige Ursachen haben. Der Krieg, der Familien in die Flucht treibt, kann bereits Ergebnis zerfallender Staatsstrukturen, eines Kampfes um knappe Ressourcen oder den Zugang zu profitablen Rohstoffen sein. Fliehen Menschen vor einer Dürre, kann dies Folge des Klimawandels sein und nur deshalb so dramatische Auswirkungen haben, weil die Ernährung aufgrund von Armut schon vorher kaum gesichert war. Ob Krieg und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub – meist sind diese Fluchtursachen eng miteinander verwoben. Und fast immer hängen sie mit der zunehmenden globalen Ungleichheit zwischen reich und arm zusammen.

Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen wächst

Dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, hat mit der Ausdehnung der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise über den gesamten Globus zu tun. Der Handel wurde in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen liberalisiert, also immer mehr von Handelshemmnissen wie Zöllen oder Qualitätsvorschriften befreit. Gleichzeitig wurden Dienstleistungen und die Produktion von Waren zunehmend internationalisiert. Zahlreiche Unternehmen mit Stammsitz in einem industriell entwickelten Land haben ihre Arbeitsplätze in Billiglohnländer des Südens verlagert. Fabriken und Produktionsstätten wurden vor allem dort errichtet, wo die Unternehmen von Steuern befreit und die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering sind, mit anderen Worten: wo Menschen stärker ausgebeutet und größere Profite erzielt werden können. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich jedoch als Trugschluss erwiesen. Tatsächlich hat sich die Ungerechtigkeit dramatisch verschärft. Heute besitzt gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des weltweiten Vermögens. Demgegenüber führen 1,2 Milliarden Menschen einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf. Sie leben von weniger als einem Euro am Tag. Millionen von ihnen leiden Hunger.

Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des weltweiten Vermögens.*

Im Zuge der Globalisierung haben die Länder des Nordens inklusive einiger so genannter Schwellenländer ihre politische und wirtschaftliche Dominanz ausgebaut. So haben sie in den letzten Jahren gegenüber vielen schwächeren Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika Handelsabkommen durchgesetzt, mit denen sie sich den Zugriff auf wichtige Rohstoffe sichern. Die Gewinne aus dem Abbau und dem Handel mit Rohstoffen fließen dabei an internationale Konzerne und lokale Eliten. So kommt es, dass Länder wie Sierra Leone oder Mali, die über reichhaltige Rohstoffvorkommen verfügen, heute zu den ärmsten Ländern der Welt gehören. Gleichzeitig dienen die Länder des Südens als Absatzmärkte für Produkte aus dem Norden.

Die Europäische Union etwa überschwemmt mit hochsubventionierten, also mit öffentlichen Mitteln geförderten, landwirtschaftlichen Produkten Märkte in Afrika. Vielerorts ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, günstiger als das aus heimischem Anbau. Bäuerinnen und Bauern in Kenia oder Haiti, die diesem europäischen Agrardumping nichts entgegenzusetzen haben, müssen aufgeben. Ihnen bleibt dann oft nichts anderes, als in die Städte abzuwandern. Mitverantwortlich für die Landflucht sind Konzerne, die sich die fruchtbarsten Agrarflächen aneignen. Riesige Plantagen, die oft durch die Abholzung von Regenwäldern entstehen, dienen der Herstellung von Biosprit oder Palmfett – Produkte, die „wir“ benötigen, nicht aber die Menschen vor Ort. Auch bei diesen Geschäften geht die lokale Bevölkerung meist leer aus, mehr noch: Sie verliert ihre bisherige Existenzgrundlage. Die Welt ist also nicht nur näher zusammengerückt – sie ist gleichzeitig gespaltener denn je: Hier der reiche globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Übermacht, dort der globale Süden mit seinen Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung.

Was also heißt es, wenn heute allseits darüber gesprochen wird, Fluchtursachen zu bekämpfen? Es ist bemerkenswert, dass nicht die ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die weltweit dominierende Produktionsweise mit ihrem hohen Ausstoß von Treibhausgasen, die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen oder die Zerstörung lokaler Märkte als Ursachen angesehen werden. Vielmehr wird das in den Blick genommen, was daraus resultiert: der Zerfall von Staaten, die Verstädterung, gewaltsame Konflikte und menschengemachte Naturkatastrophen. Ausgeblendet wird dabei die Rolle, die der reiche Norden bei dieser Entwicklung spielt. Entsprechend konzentrieren sich die Überlegungen auf Maßnahmen, die an den eigentlichen Ursachen nichts ändern: auf den Ausbau der Entwicklungshilfe, die Bekämpfung von Schleuserbanden und die Errichtung von Auffanglagern weit vor den europäischen Außengrenzen. Selbst Abkommen mit Staaten, die die Menschenrechte missachten, wie Eritrea, der Sudan oder die Türkei sind europäischen Politikerinnen und Politikern recht, um Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen zu halten. Offenkundig zielt diese Politik nicht auf das Beheben von Fluchtursachen, sondern auf das Ausbremsen der Fluchtbewegungen Richtung Europa. Dabei pochen die Menschen, die sich auf den Weg machen, nur auf einen anderen Aspekt der Globalisierung, der für uns selbstverständlich ist: auf Freizügigkeit.

Globalisierung von unten

In den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen drückt sich daher nicht nur Ungleichheit und Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch der Anspruch auf ein würdiges Leben, auf eine „Globalisierung von unten“. Mit ihrem Aufbruch werfen Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten folgende zwei Fragen auf: Wieso sollen Waren und Finanzströme ebenso wie Geschäftsleute und Touristen aus dem globalen Norden ungehindert von A nach B ziehen dürfen, während ihnen das gleiche Recht vorenthalten wird? Und wenn der Markt längst globalisiert ist, warum nicht auch die Demokratie und das Recht auf Schutz, auf Freiheit und ein gutes Leben in Würde?

* https://www.oxfam.de/system/files/20170116-oxfam-factsheet-wirtschaftssystem-fuer-alle.pdf

Auf der Flucht

In den vergangenen zehn Jahren hat das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR fast jedes Jahr neue Höchstzahlen vermeldet: die UN müssen immer mehr Flüchtlinge versorgen. Gleichzeitig findet eine massenhafte „Flucht im Verborgenen“ statt: Menschen, die Zuflucht bei Verwandten suchen, die vom Land in eine Stadt umsiedeln mussten oder die sich klandestin, also heimlich bzw. unregistriert, auf dem Weg Richtung USA oder Europa befinden – sie alle tauchen in keiner Statistik auf und niemand kann sagen, wie viele es genau sind.

Flucht in Zahlen

Ende 2015 ist die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen weltweit auf 65,3 Millionen angestiegen. Das sind so viele wie nie zuvor. Würden diese Menschen einen Staat bilden, hätte der so viele Bürgerinnen und Bürger wie Frankreich oder Großbritanien.

Fast zwei von drei Menschen suchen im eigenen Land nach Schutz. Mehr als acht von zehn Flüchtlingen halten sich in so genannten Entwicklungsländern auf.

Die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran und Äthiopien beherbergen die meisten Flüchtlinge. Im Libanon ist aktuell mindestens jeder fünfte Mensch ein Flüchtling.

Mindestens jeder 113. Mensch auf der Welt musste sein Zuhause unfreiwillig verlassen. In 2015 wurden 34.000 Menschen vertrieben – jeden Tag.

Die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit sind Kinder.

Alle Zahlen sind den Statistiken der UNHCR entnommen.

DIE GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 und ihr Protokoll von 1967 sind zwei völkerrechtliche Abkommen zum Flüchtlingsschutz. Sie definieren, wer als Flüchtling anzusehen ist und welche Rechte Flüchtlinge in den Unterzeichnerstaaten genießen. Zugleich sind sie die Rechtsgrundlage für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

Die GFK war zunächst darauf beschränkt, hauptsächlich europäische Flüchtlinge direkt nach dem Zweiten Weltkrieg zu schützen. 1967 wurde der Wirkungsbereich der Konvention durch ein Protokoll erweitert. Noch immer aber ist sie im Kern ein Schutzrecht für Verfolgte: Anerkannte Flüchtlinge sind solche, die wegen ihrer „Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ verfolgt werden. Keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung und Schutz hingegen haben nach der GFK zum Beispiel Menschen, die aufgrund von Armut oder infolge ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen fliehen. Auch Binnenvertriebene fallen nicht offiziell unter das Mandat des UNHCR, im Rahmen bilateraler Übereinkünfte kann die UN-Behörde dennoch auch Menschen zur Seite stehen, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind.

Insgesamt 149 Staaten sind bisher einem oder beiden UN-Instrumenten beigetreten. Damit haben sie sich dem Verbot unterworfen, Flüchtlinge auszuweisen, auszuliefern oder abzuweisen, wenn diese dadurch in einen Staat kommen oder in einem Staat verbleiben müssen, wo ihnen Verfolgung droht.

Fluchtursachen in Zahlen

Krieg und Gewalt

In fast jedem **siebten** Land der Erde herrscht **Krieg.**

Perspektivlosigkeit und Armut

Die **acht reichsten** Männer der **Welt** besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also rund **3,6 Milliarden** Menschen.

Diskriminierung und Verfolgung

In mindestens **drei** von **fünf** Ländern werden Menschen **gefoltert** oder anderweitig **misshandelt.**

Rohstoffhandel und Landraub

Sämtliche der **zehn ärmsten** Länder der Welt sind reich an **Rohstoffvorkommen.**

Umweltzerstörung und Klimawandel

2015 gab es über **20 Millionen** Klimaflüchtlinge. 2050 könnten es zwischen **200 Millionen** und einer **Milliarde** sein.

- www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2015.pdf
- https://www.oxfam.de/system/files/20170116-oxfam-factsheet-wirtschaftssystem-fuer-alle.pdf
- www.amnesty.de/amnesty-international-report-2016
- www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html
- www.klimaflucht.de/klimawandel-und-flucht/

Krieg und Gewalt

Ort des Krieges, aber auch des Überlebenswillens in Syrien: Die kurdische Symbolstadt Kobanê an der syrisch-türkischen Grenze nach dem Sieg über den Terror des „Islamischen Staates“.

Foto: Mark Mühlhaus/attenzione photographers

In fast jedem siebten Land der Erde herrscht Krieg.*

Krieg ist weltweit die zentrale Fluchtursache. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR gab es im Jahr 2015 fast 65 Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte und Gewalt von ihrem Zuhause vertrieben waren. In den letzten zehn Jahren haben sich die Flüchtlingszahlen aufgrund von Krieg und Gewalt fast verdoppelt. Und in allen zehn Staaten, die 2015 die größten Fluchtbewegungen zu verzeichnen hatten, herrschte Krieg.

Als mit dem Fall der Mauer in Deutschland die Nachkriegsordnung, die die Welt seit Ende des Zweiten Weltkriegs dominierte, zusammenbrach, schien eine Ära des Friedens weltweit möglich. Der Ost-West-Konflikt mit seinem bedrohlichen Potential eines Atomkriegs war beendet. Nun, ein Vierteljahrhundert später, hat sich diese Hoffnung auf Frieden als trügerisch erwiesen. Anstelle der alten Ordnung, die unterschiedliche Konflikte entlang der Ost-West-Achse sortierte und einhegte, leben wir heute in Zeiten einer neuen Unordnung, in der sich lokale Konflikte sehr schnell in unübersichtliche internationale Konflikte mit einer unüberschaubaren Zahl an ausländischen Akteuren verwandeln. Der Syrien-Konflikt steht dafür geradezu beispielhaft mit den USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran und der Europäischen Union als Beteiligte, die entweder direkt oder indirekt in die kriegerischen Auseinandersetzungen involviert sind.

Während des Kalten Krieges gab es verheerende Stellvertreterkriege, die viele zivile Opfer forderten. Mit den USA und der Sowjetunion waren jedoch die internationalen Player überschaubar. Dem Konflikt zugrunde lagen unterschiedliche Ideologien und Systeme. Mit dem Ende dieses Konflikts der „Supermächte“ gelang es, manche der Stellvertreterkriege zu befrieden. So zum Beispiel in Angola und Mozambique. Andere jedoch verwandelten sich nach kurzer Atempause wieder in Konfliktzonen, in denen die Weltordnung, die von einer Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft geprägt ist, mit kriegerischen Mitteln neu ausgefochten wird. Einschneidende Ereignisse in diesem Sinne sind die US-amerikanisch geführte Intervention in Afghanistan nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York im Jahr 2001, der ebenfalls von den USA angeführte Krieg gegen das diktatorische Regime im Irak 2003, die internationale Libyen-Intervention 2011, der kriegerische Konflikt in der Ost-Ukraine und die russische Besetzung der Krim.

Die Folgen dieser Entwicklung sind fatal: Allein aus der umkämpften Ostukraine brachten sich bis zu zwei Millionen Menschen in Sicherheit, aus Syrien weit über sechs Millionen. In Kriegsregionen wie Afghanistan oder Somalia dauert das Flüchtlingsschicksal schon seit Generationen an. Eines der größten Flüchtlingslager der Welt befindet sich in Kenia: Dadaab, eine Flüchtlingsstadt in der Wüste mit über einer halben Million Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie existiert seit 1992. Wer kann, geht von dort ins 60 Kilometer entfernte Nairobi. Und wenn die kenianische Regierung von der Repatriierung somalischer Flüchtlinge spricht, dann meint sie ihre Rückführung in dieses Lager. Es zeichnet sich bei all den genannten Konflikten ab, dass eine Lösung nicht in Sicht ist, da sie eines politischen Willens aller Beteiligten bedürfte, eigene politische und ökonomische Interessen hintanzustellen, um zu einer Befriedung zu gelangen. Vom Frieden gar nicht zu reden.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt. Nach den USA, Russland, China und Frankreich gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren weltweit.

* www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2015.pdf

Ein Land in Trümmern

Die Massenflucht vor dem Krieg in Syrien

Im Zuge des Arabischen Frühlings hatte sich 2011 auch in Syrien eine zu Anfang friedliche Rebellion für Demokratie und Freiheit erhoben. Die Menschen forderten das Ende der seit vierzig Jahren andauernden autoritären Herrschaft einer Staatspartei, die das Land systematisch beherrschte, die Bevölkerung in Unmündigkeit gezwungen und eine Kultur der Angst etabliert hat. Die Herrschenden der Baath-Partei sahen der Erhebung jedoch nicht tatenlos zu und überzogen weite Teile des Landes mit brutaler Gewalt. Die anfänglich unbewaffnete Rebellion wurde in einen blutigen Krieg gezwungen. Ein Krieg, der mehr und mehr zu einem Stellvertreterkrieg wurde, in dem z.B. der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, aber auch Russland, die USA und die EU eigene Interessen verfolgen.

Seitdem dominieren Gewalt und Gegengewalt den Alltag der Menschen im Land. Die Frontlinien verlaufen durch ganze Städte, durch Regionen und verschiedenste Landesteile. Die Zivilbevölkerung wird zwischen den vielschichtigen Frontstellungen zerrieben. Geschätzte 300.000 Menschen sind bislang gestorben, Hunderttausende Wohnungen sind zerstört, ganze Landstriche sind aktives Kriegsgebiet, vielerorts sind Menschen von lebenswichtigen Gütern abgeschnitten. In manchen oppositionellen Regionen verhindert die syrische Armee gezielt die Versorgung mit Nahrungsmitteln. In den Gebieten unter Kontrolle radikalislamischer Milizen zerstören diese durch ihre religiösen Gesetze die verbliebenen sozialen Bande der Gesellschaft. Aber auch die Menschen in den von der Regierung kontrollierten Städten und Regionen leiden. 60 Prozent der syrischen Bevölkerung lebt in bitterer Armut.

Aus dieser schier aussichtlosen Gemengelage eines auf Dauer gestellten Krieges fast aller gegen alle fallen besonders die kurdischen Gebiete in Syrien heraus. Dort konnte sich in den letzten Jahren eine autonome Verwaltung etablieren, die versucht in Form einer kommunalen Demokratie unter Einbeziehung aller religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen Ideen für die Möglichkeit eines künftigen föderalen Syriens umzusetzen. Zugleich gibt es in vielen Städten und Regionen, die von bewaffneten oppositionellen Gruppen kontrolliert werden, weiterhin zivilgesellschaftliche Gruppen, die versuchen Flüchtlingen zu helfen und das soziale Leben aufrecht zu erhalten.

Heute befindet sich fast die Hälfte aller Syrerinnen und Syrer auf der Flucht. Millionen sitzen in Containern, Zelten oder Notunterkünften, in Syrien selbst oder in den Nachbarländern Libanon, Türkei, Irak und Jordanien. Die Vereinten Nationen sprechen von einer der „schlimmsten humanitären Krisen seit Ende des Zweiten Weltkrieges“. Die Not macht auch vor den Flüchtlingslagern nicht halt. Denn zur fehlenden Aussicht auf Rückkehr kommt auch die chronische Unterversorgung durch das Welternährungsprogramm. All das hat dazu geführt, dass Hunderttausende Syrerinnen und Syrer sich auf den Weg nach Europa gemacht haben. Sie wollen dem Krieg, der Gewalt und dem Elend einer Flüchtlingslagerexistenz entkommen. Viele junge Männer fliehen, weil sie kein „Kanonenfutter“ in einem sinnlosen Krieg sein wollen. Viele Familien tun dies, um ihren Kindern die Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

medico-Nothilfe für jezidische Flüchtlinge in Rojava, den kurdischen Gebieten in Syrien.

Die Mutter sagte: Geh!

Die 17-jährige Syrerin Shaza Alfayome hofft, in Deutschland ein neues Leben beginnen zu können

Foto: Privat

Zwischen Mainz-Bischofsheim und Damaskus liegen nicht nur knapp 3.000 Kilometer, sondern Welten: Hier die betuliche rheinlandpfälzische Kleinstadt, in der nach 18 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt werden, dort die Millionenmetropole, die im Zentrum eines inzwischen fünfjährigen zerstörerischen Bürgerkrieges liegt und in der manche Viertel wegen Bombardements und blutiger Kämpfe ausgestorben sind. Binnen 17 Tagen ist die junge Shaza Alfayome im August 2015 von der einen Welt in die andere gewechselt. Sie hat ihr altes Leben in der syrischen Hauptstadt zurückgelassen und ein neues in Bischofsheim begonnen. Anfang Dezember sitzt die 17-Jährige in einer Mainzer Eisdiele und sagt: „Mein Leben ist jetzt hier."

Bis vor eineinhalb Jahren besuchte Shaza in Damaskus eine Kunstschule. Doch sie wollte mehr als Häkeln und Nähen und plante, später Jura zu studieren. Das aber machte der Krieg unmöglich. Näher und näher rückte er an die Hauptstadt heran, Sorge und Angst wuchsen. Ein Jahr lang konnte Shaza die Schule nicht besuchen, die Zukunft war ungewiss und bedrohlich, nichts war mehr sicher und niemand konnte sagen, wann und ob überhaupt es das wieder werden würde. Irgendwann riet ihre Mutter ihr, sich auf den Weg zu machen. „Sie sagte, dass ich in Deutschland zur Schule gehen könne und später auch auf die Universität."

Am 1. August verabschiedete Shaza sich von ihrer Mutter und brach gemeinsam mit ihrem Vater auf. Mit dem Bus in den Libanon, von dort mit einem Schiff in die Türkei und mit mehr als 100 Menschen in einem LKW an den Strand von Izmir. Mit einem Schlauchboot wollten sie auf eine griechische Insel übersetzen, doch das klappte nicht. Dank GPS-fähigen Handys konnte die Küstenwache kontaktiert werden, die sie auf dem Mittelmeer aufsammelte und nach Griechenland brachte. Shaza durchquerte weitere Länder, ließ sich von keiner Grenze aufhalten. Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich, schließlich Deutschland. Die Reise quer über das europäische Festland beschreibt Shaza so: „Als wir auf der Flucht waren, ging alles fast wie von selbst. Wir haben gehandelt, ohne darüber nachzudenken. Die nächsten Schritte werden einfacher sein, haben wir immer gesagt."

Nach ihrer Ankunft in Passau wurden Shaza und ihr Vater von der Polizei in die hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen gebracht, in der sie zwei Monate bleiben mussten. Seit Mitte Oktober leben sie in Bischofsheim – nicht wissend, wie es weitergehen wird. Der Kampf um einen dauerhaften Aufenthalt, um Gewissheiten, führt durch einen komplizierten deutschen Paragraphendschungel. „Ich frage mich schon die ganze Zeit, ob und wann ich die Schule besuchen darf. Niemand kann es mir sagen." So weiß Shaza auch nicht, wann sie ihre Mutter wiedersehen wird. Manchmal suchen ihre Augen nach den richtigen Worten. Doch wenn sie spricht, steckt eine auffallende Klarheit in ihnen: „Ich wünsche mir, dass Deutschland neben Syrien ein zweites Zuhause sein wird. Ich hoffe nur, dass mich die anderen so akzeptieren wie ich bin, als Muslimin mit Kopftuch. Ich bin vielleicht eine Fremde, aber ich bin vor allem ein Mensch." Auf ihrem grauen Pullover steht ein einfacher Satz: „Play with Fairness."

Perspektivlosigkeit und Armut

Auf dem Weg zum großen Wasser. Migrantinnen und Migranten ziehen in Richtung Sahara, um von den Maghreb-Staaten aus eine der lebensgefährlichen Überfahrten nach Europa anzutreten.

Foto: Reuters

In Deutschland liegt die Lebenserwartung mehr als dreißig Jahre höher als in vielen afrikanischen Staaten.*

Armut macht krank – und Krankheit macht arm. Weltweit leiden rund 700 Millionen Menschen unter extremer Armut. Das heißt, dass fast jeder zehnte Mensch hungrig schlafen geht. Doch selbst wenn Menschen „genug zum Überleben“ haben, bedeutet das nicht, dass sie ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen führen können. Wenn Menschen keinen Zugang zu gesunder Ernährung haben, zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen, zu guten Arbeitsbedingungen und Bildung, gilt ihr Recht auf Leben nur eingeschränkt. Die Ungleichheit kann beziffert werden: In Mali sterben 178 von 1.000 lebend geborenen Kindern bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. In Deutschland sind es vier. Auch die Lebenserwartung verdeutlicht die soziale Spaltung: Wer in Deutschland lebt, wird durchschnittlich 81 Jahre alt, in Sierra Leone nur 47 – also 34 Jahre weniger.

Die Unterschiede zeigen sich auch im Zugang zu medizinischer Versorgung. Nur in wenigen Ländern des globalen Südens gibt es ein funktionierendes, allgemein zugängliches Gesundheitssystem, vielerorts fehlt es an Fachpersonal. In Mali etwa muss sich ein Arzt oder eine Ärztin im Schnitt um 10.000 Menschen kümmern, in Deutschland sind es 39 Ärztinnen und Ärzte. Die heutige Misere ist auch dadurch entstanden, dass zahlreiche Staaten die Ausgaben für Gesundheit massiv gekürzt haben. Dazu waren sie u.a. aufgrund der Strukturanpassungsprogramme gezwungen, die ihnen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds als Bedingung für Kreditvergabe oder Schuldenerlass auferlegt worden waren. Öffentliche Krankenhäuser wurden geschlossen oder an private Anbieter abgetreten, bei denen jede Leistung von den Patientinnen und Patienten bezahlt werden muss. Wer arm ist, findet oftmals gar keinen Arzt und keine Ärztin oder kann sich die Behandlung und die Medikamente nicht leisten. Viele verschulden sich und sind am Ende ärmer als zuvor. All das müsste nicht sein, denn es ist genug für alle da. Allerdings ist der Reichtum extrem ungleich verteilt. In den Entwicklungs- und Schwellenländern des Südens leben 84 Prozent der Weltbevölkerung. Während sie 92 Prozent der weltweiten Krankheitslast tragen, kommen ihnen nur 16 Prozent der globalen Ausgaben für Gesundheit zugute. Hieran hat ihre Einbindung in den Weltmarkt nichts geändert – im Gegenteil. Zwar haben die Internationalisierung der Produktion und Freihandel auch Wohlstand geschaffen und soziale Aufstiege ermöglicht. Gleichzeitig aber haben sie die sozialen Ungleichheiten verschärft: Allein in den letzten fünf Jahren hat sich das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung fast halbiert, während die Reichen noch reicher geworden sind. Heute besitzen die acht reichsten Männer der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen.

Flucht ist für die Allerärmsten oft kein Ausweg. Denn wer nicht genug zu essen und zu trinken hat, kann sich die Kosten einer Flucht nicht leisten. Daher migrieren oft eher diejenigen, die mindestens über das Allernötigste verfügen, vor Ort aber keine Perspektive mehr sehen. Auswanderung einzelner Angehöriger ist zu einer Überlebensstrategie für ganze Familien geworden. So sind in den vergangenen Jahren Tausende philippinische Krankenschwestern ausgewandert. Während sie zuhause durchschnittlich 146 US-Dollar im Monat verdienen, sind es in den Golfstaaten 500 Dollar, in den USA 3.000 Dollar (Zahlen von 2003). Die zurück gebliebenen Familien leben davon, dass wenigstens eine Tochter im reichen Norden untergebracht werden konnte und Geld nach Hause schickt.

Die acht reichsten Männer der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen.

* www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf

Weißes Gold ohne Wert

Warum Mali trotz der großen Nachfrage nach Baumwolle arm ist

Mali ist nicht nur der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, sondern auch der zweitgrößte Erzeuger von Baumwolle. Doch trotz der großen Nachfrage nach dem „weißen Gold“ auf dem Weltmarkt leben heute vier von fünf Baumwollbauern und -bäuerinnen in Mali in Armut. Die Region Sikasso, wo ein Großteil der Baumwolle angebaut wird, gilt als die ärmste des Landes.

Der Anbau und die Weiterverarbeitung von Baumwolle stellte für Mali lange Zeit eine wichtige Strategie zur Minderung der Armut auf dem Land dar. Eine verstaatlichte Wirtschaft kaufte den Bäuerinnen und Bauern die Rohbaumwolle zu einem stabilen Preis ab. Tausende Familien sicherten so ihr Überleben. Nach und nach geriet das Land jedoch in eine schwere Schuldenkrise. In den 1980er Jahren entwickelten Weltbank und Internationaler Währungsfonds Strukturanpassungsprogramme als Bedingung für die Vergabe von Krediten und den Erlass von Schulden. Dazu gehörte eine strikte Privatisierung der staatlichen Betriebe, also ihre Umwandlung in Privatunternehmen, und eine Anpassung an die vom Weltmarkt vorgegebenen – deutlich niedrigeren – Preise. Für die malischen Baumwollbauern und -bäuerinnen hatte das verheerende Konsequenzen. Viele haben den Anbau eingestellt und sind in die städtischen Zentren abgewandert oder versuchen, im Bergbau Arbeit zu finden. Dass sie auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig sind, liegt auch an den hohen Subventionen, die die USA, China und die EU ihren Produzentinnen und Produzenten zahlen, so dass diese ihre Baumwolle deutlich günstiger anbieten können. Die Regierung Malis versucht daher gemeinsam mit anderen Ländern des Südens, die Welthandelsorganisation (WTO) zu einer Abschaffung der Baumwollsubventionen zu drängen. Bislang vergeblich.

Indem die Wirtschaft in Ländern wie Mali weitgehend schutzlos dem Weltmarkt ausgesetzt wurde, sind viele lokale Strukturen und Märkte zerstört worden. Massenprodukte aus China oder Lebensmittel aus Europa verdrängen heimische Produkte und die eigenen Rohstoffe werden meist anderswo weiterverarbeitet. Da in Mali immer weniger Menschen in der Baumwollverarbeitung oder in anderen Bereichen ein Auskommen finden, wächst die Zahl der Armen. Laut UN-Angaben leben inzwischen sieben von zehn Malierinnen und Maliern unterhalb der nationalen Armutsgrenze.

Seit Anfang 2012 wird insbesondere der Norden Malis von kriegerischen Auseinandersetzungen erschüttert, die Hunderttausende zur Flucht zwangen. Angesichts von Perspektivlosigkeit und zunehmender Gewalt hat inzwischen ein Viertel aller Malierinnen und Malier das Land verlassen. Die meisten bleiben in der Region, nur wenige versuchen nach Europa zu gelangen. Da es kaum noch legale Migrationsmöglichkeiten für sie gibt, müssen sie die gefährliche Flucht durch die Sahara und über das Mittelmeer wagen. Das Geld, das die Ausgewanderten an ihre Familien überweisen, ist heute eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden. Die Summe ist höher als die Investitionen ausländischer Unternehmen oder als die Entwicklungshilfegelder, die ins Land fließen.

Wenn Arbeit arm macht. Viele Baumwollpflückerinnen und -pflücker in Mali verlassen das Land, weil die Weltmarktpreise die lokalen Ökonomien kaputt machen.

Sie gelten als Versager

Hochverschuldet kehrte Ibrahim Camara nach mehreren Migrationsversuchen zu seinen Eltern in Mali zurück

Foto: Stephan Dünnwald

Ibrahim Camara ist mit seinen 27 Jahren kein Jugendlicher mehr. Trotzdem gilt er in der Gesellschaft Malis, in der Erwachsensein über Heirat und Kinder definiert wird, als „Jeune“, als Junger, der noch auf dem Gehöft der Eltern im Süden Malis lebt. Anders als im Rest von Mali ist Landwirtschaft hier im Süden gut machbar. Das Klima erlaubt den Anbau von Mais, Hirse, Orangen, Mangos und einer Vielzahl weiterer Früchte. Vor allem der Anbau von Baumwolle hat lange dazu beigetragen, dass die Menschen in der ländlichen Region, in der die meisten von ihren eigenen Erträgen leben, über die Runden gekommen sind. Doch das hat sich mit der Privatisierung und letztlichen Stilllegung vieler Baumwollverarbeitungsbetriebe geändert. Nach wie vor ist die Landwirtschaft jedoch fast der einzige Bereich, in dem es noch Arbeit gibt.

Die Landwirtschaft in Mali braucht viele Hände, denn hier wird noch mit der Daba, der Hacke, gearbeitet. Maschinen gibt es kaum. Kinderarbeit ist selbstverständlich. Wer viele Kinder hat, hat auch viele Kosten, für medizinische Behandlung, Schulmaterial und nicht zuletzt für Essen. Die Ernten sind schwankend, der Regen kommt oft nicht zur richtigen Zeit, oder es regnet nicht genug. Nie ist sicher, ob alle satt werden. Daher gehen viele junge Leute ins Ausland, meist in Nachbarländer. Seit dem Jahr 2000 etwa zieht es immer mehr junge Männer auch nach Europa. Einige haben es geschafft, sich dort ein Einkommen und einen Aufenthalt zu sichern. Sie gelten in Mali als die Helden, alle kennen ihre Geschichten. Den Erfolgreichen folgten viele nach – und scheiterten. Seit 2002 hat vor allem Spanien seine Grenzen massiv aufgerüstet. Viele Migranten und Migrantinnen sitzen seither irgendwo entlang der Routen fest, wurden an der Grenze abgewiesen oder aus Europa abgeschoben. Oftmals sind sie mittellos wieder dort gelandet, wo sie aufgebrochen waren.

Nach der misslungenen Migration bleibt jungen Männern wie Ibrahim nichts übrig als wieder auf den Feldern der Familie zu arbeiten und nebenbei ein eigenes Stück Land zu bewirtschaften. Diejenigen, die es nach Spanien geschafft haben, mussten wegen der Wirtschaftskrise häufig in andere Länder – Frankreich, Luxemburg, die Schweiz – weiterwandern. Wie Ibrahim haben viele junge Männer wertvolle Jahre an die Migration verloren. Zu Hause gelten sie als Versager, die es nicht einmal zu einem eigenen Stück Land gebracht haben. Dabei sind nicht die Migranten und Migrantinnen Schuld an diesem Versagen, sondern „die Ungerechtigkeit der Verhältnisse“, wie Mahamadou Keita, der Generalsekretär der malischen Abgeschobenenselbstorganisation AME betont.

Diese Abschiebeerfahrung und die oft drückenden Schulden haben viele desillusioniert. Doch manche haben aus der Migration gelernt. Ibrahim hat aus Marokko Orangenpflanzen mitgebracht. Mit diesen hat er begonnen, die faserigen malischen Orangen zu veredeln. Eine Technik, die er aus Marokko kennt. Es wird noch dauern, bis seine Orangen Geld abwerfen. Aber für Ibrahim liegt darin die Hoffnung, eines Tages seine Schulden bezahlen und sich eine lebenswerte Zukunft aufbauen zu können.

Diskriminierung und Verfolgung

Ein Bürgerkrieg im Verborgenen: Die Gemeinschaft der Roma wird diskriminiert, lebt ausgegrenzt ohne Rechte und wird gesellschaftlich in die Armut gedrängt. Roma-Ehepaar aus dem Kosovo.

Foto: Reuters

In mindestens drei von fünf Ländern werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt.*

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ So heißt es in den ersten drei Artikeln der UN-Menschenrechtscharta. Es sind glasklare Formulierungen, die auch in die Verfassungen zahlreicher Staaten aufgenommen wurden. Zwischen diesen Idealen und der Realität besteht jedoch ein gewaltiger Graben.

Zumeist ist es die stumme Gewalt der Lebensverhältnisse, die Menschen ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit unmöglich macht. Überall dort, wo Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, ausreichend Nahrung, einem Dach über den Kopf, zu Bildung und Gesundheit haben, werden ihre Rechte missachtet. Darüber hinaus werden Menschen in ihren Rechten durch Gesetze und staatliches Handeln beschnitten. Das zeigt auch der jüngste Report der Menschenrechtsorganisation amnesty international. Ihm zufolge schränken drei von vier Regierungen weltweit die Meinungsfreiheit ein. In mehr als drei von fünf Ländern werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt. In 78 Ländern gibt es Gesetze, die einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen unter Strafe stellen. Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die Verfolgung von politischen Meinungen und von der Mehrheit abweichenden Lebensweisen auf der Welt nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellt. Es zeigt aber auch das Scheitern der Annahme, die Einbindung von Staaten und Märkten in eine globale Wirtschaft würde das Entstehen von demokratischen und freiheitlichen Verhältnissen fördern. In vielen Ländern funktioniert eine kapitalistische Wirtschaftsweise auch ohne Demokratie und den Schutz der Menschen vor Verfolgung.

Nach Angaben der Vereinten Nationen werden weltweit 900 Millionen Menschen aus den jeweiligen Gesellschaften ausgegrenzt, benachteiligt und zum Teil auch verfolgt, weil sie einer ethnischen oder religiösen Minderheit angehören. Hierzu zählen zum Beispiel die tamilische Minderheit auf Sri Lanka, die Angehörigen der jesidischen Religion im Irak, oder die Kurdinnen und Kurden in der Türkei. Die Diskriminierung durch den Staat verlängert sich oft auch in die Gesellschaft – etwa dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Aussehens oder ihrer Identität auf dem Wohnungs- oder dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Verfolgung und Diskriminierungen zwingen überall auf der Welt Menschen dazu, ihr Zuhause zu verlassen und anderswo Schutz, Freiheit und Gerechtigkeit zu suchen. Aus keinem Land Afrikas etwa kommen so viele Flüchtlinge nach Europa wie aus Eritrea. Vertrieben werden sie nicht von einem Krieg – sie fliehen vor Zwangsarbeit, unbefristetem Militärdienst und willkürlichen Inhaftierungen. Im Zuge der Bekämpfung von Fluchtursachen hat die Europäische Union im Herbst 2015 dennoch beschlossen, 200 Millionen Euro an Eritrea zu zahlen, um die Auswanderung zu begrenzen. Die Gelder gehen an das autoritäre Regime, das für die massiven Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich ist.

Deutschland hat alle internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet. Gleichzeitig vergibt die EU jedoch Milliarden an Staaten wie Eritrea, Sudan, Marokko oder die Türkei, wo die Menschenrechte systematisch missachtet werden, damit sie Menschen von der Flucht in Richtung Europa abhalten.

* www.amnesty.de/amnesty-international-report-2016

Nicht verfolgt, aber diskriminiert

Die Situation der Roma im Kosovo

Im Dezember 2014 wunderten sich die Angestellten auf dem Busbahnhof von Prishtina, der Hauptstadt des Kosovo, über die vielen Familien mit Kindern, die schon am frühen Morgen in der Schalterhalle auf bauchigen Plastiktaschen saßen. Am Anfang waren es Roma. Bald sprang der Funke über auf die albanische Mehrheit. Mit dem Bus ging es nach Subotica in Serbien, von dort für 250 Euro mit einem lokalen Schleuser übers Feld nach Ungarn, dann weiter mit dem Bus nach Deutschland.

Der Grund für die Massenflucht liegt auf der Hand: Die Hälfte aller Kosovarinnen und Kosovaren lebt von weniger als 1,42 Euro am Tag, jede und jeder sechste hat gar weniger als 94 Euro-Cent. Eins von sechs Kindern ist unterernährt. Die Arbeitslosigkeit ist mit geschätzten 50 Prozent die höchste in Europa. 35 Prozent der 15- bis 24-Jährigen besuchen weder eine Schule oder Universität noch gehen sie einer Beschäftigung nach. Kosovo ist der Staat mit der jüngsten Bevölkerung in Europa; eine Perspektive im Land sehen nur die wenigsten. Schon als der Kosovo noch zu Jugoslawien gehörte, suchten Menschen von dort in anderen Regionen ihr Glück. Seit dem Zerfall des Vielvölkerstaates nach 1990 haben etwa eine Million Kosovarinnen und Kosovaren ihrer Heimat den Rücken gekehrt – Albanerinnen und Albaner ebenso wie Roma. Und alle suchen sich für den Weg nach Westen das Ticket, das sich gerade anbietet. Wer keine Chance auf eine Arbeitserlaubnis hat, beantragt eben Asyl. Weil im Land die Einschätzung kursiert, dass Roma als Angehörige einer Minderheit im Kosovo bessere Chancen auf Asyl haben, geben sich manche aus taktischen Gründen als Roma aus.

Tatsächlich ist die Situation für Roma, die größte ethnische Minderheit in Europa, im Kosovo besonders schwierig. Politisch verfolgt werden sie zwar nicht, formal haben sie die gleichen Rechte wie alle. Dennoch sind sie als Minderheit immer wieder Anfeindungen durch die kosovo-albanische Mehrheit ausgesetzt. Vor allem aber sind sie am stärksten von der landesweiten Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Das wirkt sich auch auf die Gesundheitsversorgung aus. Arzneimittel und medizinische Behandlung müssen im Kosovo häufig privat bezahlt werden. Das können Roma sich oft nicht leisten. Diskriminiert werden sie ebenfalls im Bildungsbereich – viele Roma-Kinder gehen nicht zur Schule – und auf dem Wohnungsmarkt. Wenn eine freie Wohnung zu vergeben ist, kommen sie meist als letzte zum Zug. Sie leben daher oft am Rande der Gesellschaft.

Weder solche Formen der Benachteiligung noch Armut werden in Deutschland als legitimer Fluchtgrund anerkannt. Neuerdings gilt der Kosovo sogar wieder als „sicheres Herkunftsland“: Wer von hier kommt, erhält nur in Ausnahmefällen Asyl. Abstellen wird das die Abwanderung vom Balkan allerdings nicht. Auf längere Sicht gibt es auch keinen guten Grund dafür: Es ist beschlossen, dass alle Balkanstaaten der EU beitreten sollen. Damit würden jene, die heute „Wirtschaftsflüchtlinge“ genannt werden, mobile europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Statt die Menschen auf das untaugliche Asylrecht zu verweisen, könnte man ihnen also geben, was sie sowieso lieber wollen: eine Arbeitserlaubnis.

Junge Roma-Frau im Kosovo.

Das kleine Glück

Sedat und Nazmir aus Niedersachsen wurden in den Kosovo „zurückgeschickt“ – ein Land, in dem sie nie zuvor gewesen waren

Foto: Norbert Mappes-Niediek

Der Papa hat sich seinen kleinen Sohn auf die Schultern gesetzt. Beide lachen fröhlich in die Kamera. Der Weihnachtsbaum leuchtet bunt. Die Mama sitzt auf dem Sofa unter der Stehlampe und strahlt. Erinnerung an ein kleines Glück in Hiddestorf, einem Dorf bei Hemmingen in Niedersachsen. Das Album mit dem Weihnachtsbild steckt in einem säuberlich aufgeschichteten Stapel unter Omas Bett in Leposavić, einer Kleinstadt im Norden des Kosovo. Ordnung muss sein, wenn man zu zwölft auf fünfzehn Quadratmetern schläft.

Halime Hasani und ihre beiden Söhne Sedat und Nazmir haben viele Jahre im niedersächsischen Hemmingen gelebt, die Jungen sind dort geboren. Jetzt aber wohnen sie mit ihrer Oma in einer verlassenen Armeegarage im Norden der jungen Republik auf dem Balkan. Notdürftig eingezogene Pappwände trennen die Verschläge, in denen die Familien die Nächte und die meisten Tage verbringen. Sie haben die zugigen Ritzen des Betonschuppens mit knallbunten Decken verhängt. Sedat, der kleine Junge auf dem Foto, ist inzwischen 13, sein Bruder Nazmir zwölf. Sie sitzen im Schneidersitz auf einem Teppich und reden wie alte Männer über ihre Jugend. „Ich war gut in Mathe“, sagt Sedat. „Ich war bei der Freiwilligen Feuerwehr“, sagt Nazmir. Was die beiden Jungen für ihr Leben gehalten hatten, endete an einem Oktobertag. Polizisten kamen in ihre schöne große Wohnung in Hemmingen, nahmen sie mit und schickten sie zurück in ein Land, in dem sie nie gewesen waren.

Was den beiden Jungen widerfuhr, heißt „freiwillige Ausreise“. 1993, lange vor ihrer Geburt, waren Mutter Halime und Vater Mifai aus Jugoslawien nach Deutschland gekommen. Weil in ihrer Heimat Krieg herrschte, durften sie bleiben. Aus einem Übergangslager in Braunschweig wurden sie nach Hemmingen geschickt. Zwei Söhne wurden geboren. Die Eltern trennten sich, als beide noch klein waren. Doch irgendwann war der Krieg zu Ende. Vater Mifai, der immer Arbeit hatte und inzwischen mit einer deutschen Partnerin ein Kind hat, fiel unter das neue Bleiberecht. Die Mutter, die bei den Kindern geblieben war, nicht. „Die Behörden haben richtig Druck gemacht“, sagt der Anwalt der Familie. Als die Polizei kam, konnte er schon nichts mehr für sie tun.

Die Leiterin der Grundschule in Hiddestorf kann sich an die beiden Jungen gut erinnern: „Wir haben sie hier sehr gut fördern können“, sagt die Lehrerin, „und sie wären sicher etwas geworden.“ Vor allem Nazmirs Charme hat Eindruck hinterlassen. „Dass sie uns verlassen mussten, hat mir sehr weh getan.“ Beide Jungen gingen regelmäßig zur Schule. In den letzten Wochen allerdings seien sie „sehr still geworden“. Auf die Frage, wie es denn nun weitergehen soll, sagt Sedat: „Na, zurück nach Deutschland wollen wir.“ Diese Perspektive ist für die kleine deutsche Community von Leposavić in jedem Fall realistischer als die Aussicht auf ein gutes Leben im Kosovo. In Hemmingen wartet der Papa mit seiner neuen Familie auf Sedat und Nazmir. Niko, ein Freund, der ein paar Jahre älter ist als die beiden, ist inzwischen wieder zu Hause in Deutschland bei seiner Freundin. Spätestens wenn sie 18 sind, gehen auch Nazmir und Sedat zurück nach Deutschland. Wenn es nicht anders geht, dann im Zweifel illegal.

Rohstoffhandel und Landraub

Der Abbau von Diamanten im ländlichen Sierra Leone zerstört die Natur, macht die Menschen krank und internationale Rohstoffkonzerne reich.

Foto: medico

Die zehn ärmsten Länder der Welt sind alle reich an Rohstoffvorkommen.*

Über Jahrhunderte haben die reichen Staaten des Nordens Mittel und Wege gefunden, sich in anderen Regionen der Welt das zu holen, was sie für ihre Wirtschafts- und Lebensweise benötigen: Aus den Kolonien wurden Gold, Silber und Metalle aller Art bezogen, aber auch Kaffee, Tee und Gewürze importiert. Auch heute gibt es Bedarf an Rohstoffen, die in Europa, den USA oder auch China nicht oder nicht in ausreichendem Maße existieren: Es geht um Öl und Diamanten, um Mangan für die Stahlerzeugung, Kobalt für Metalllegierungen oder Coltan, ein Erz, das in jedem Mobiltelefon steckt. Obwohl die Länder, in denen solche Rohstoffe vorkommen, längst keine Kolonien mehr sind, profitieren ihre Gesellschaften noch immer nicht von dem natürlichen Reichtum. Im Gegenteil: In einer Vielzahl rohstoffreicher Länder, vor allem in Afrika, lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Armut.

Einer der Gründe ist, dass das koloniale Erbe nachwirkt: Viele nationale Wirtschaften blieben einseitig auf den Rohstoffabbau ausgerichtet und der Norden behielt in hohem Maß die Kontrolle über den Abbau und die Handelsbedingungen. So kommt es, dass internationale Konzerne noch heute unmittelbaren Zugriff auf den Abbau und die Veräußerung der Ressourcen haben. Gestützt werden die Interessen der Konzerne von der internationalen Politik. Über Kreditauflagen, Entschuldungsprogramme, aber auch mittels Handelsvereinbarungen, die die Konzerne begünstigen, sind Regierungen im globalen Süden immer wieder dazu gebracht worden, dem Norden den Zugriff auf die benötigten Ressourcen zu gewähren.

All das funktioniert nicht zuletzt deshalb, weil Entscheidungsträgerinnen und -träger in den rohstoffreichen Staaten davon profitieren. Rohstoffdeals haben die Eliten vor Ort noch reicher und mächtiger gemacht – und damit zunehmend unabhängiger von der eigenen Bevölkerung. Um ihre Macht zu erhalten, sind sie nicht darauf angewiesen, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern. Fast nirgendwo haben Einnahmen aus dem Rohstoffhandel die Verhältnisse gerechter und demokratischer gemacht. Sei es im Sudan, in Sierra Leone oder in Nigeria, in zahlreichen Ländern haben die Konflikte um den Zugriff auf Rohstoffe sogar blutige Kriege ausgelöst – mit Millionen von Toten und Vertriebenen. Werden neue Abbaugebiete erschlossen, muss die angestammte Bevölkerung oftmals weichen. Die Menschen werden enteignet oder im besten Fall mit niedrigen Entschädigungen abgespeist. In den Minen oder Schürfgebieten arbeiten Menschen, häufig auch Kinder, unter skandalösen Bedingungen. Hinzu kommt, dass in manchen Bereichen, etwa im Gold- und Rutilabbau, die Umweltverschmutzung extrem hoch ist. Böden und Wasser werden auf Dauer verseucht. Der Rohstoffabbau in dieser Form führt also dazu, dass Menschen massenhaft ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Vielen bleibt nichts anderes, als in die Städte oder in Nachbarländer abzuwandern.

In den vergangenen Jahren ist ein weiterer „Rohstoff“ entdeckt worden: fruchtbare Böden. Industrieländer, Agrarkonzerne, aber auch internationale Banken und Investmentfonds erwerben oder pachten riesige Ländereien, um auf ihnen Getreide für Biosprit anzubauen oder Plantagen für Palmöl zu entwickeln – Agrarprodukte, die vor Ort gar nicht gebraucht werden. Auch hierbei steht die lokale Bevölkerung auf der Verliererseite. Hirten, Kleinbäuerinnen, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch das „Landgrabbing“ den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und werden in Armut gestürzt. Was bleibt, ist die Abwanderung.

Ressourcenreichtum schafft oft die Rahmenbedingung für extreme Ungleichheit, brutale Repression und Bürgerkrieg.

* www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html

Der Fluch der Diamanten

Die internationale Ausbeutung der Bodenschätze in Sierra Leone

Zwangsmigration ist eine Folge von Rohstoffausbeutung“, sagt Patrick Tongu vom Network Movement for Justice and Development (NMJD) in Sierra Leone. Die Aktivistinnen und Aktivisten wissen, wovon sie sprechen: Seit Jahren beraten sie einzelne Menschen und ganze Dorfgemeinschaften, die von Bergbauunternehmen gewaltsam von dem Land vertrieben werden, das bereits ihre Vorfahren bewirtschaftet haben. Der Abbau der Diamanten stürzt ausgerechnet diejenigen in Not und Elend, die das Land bewohnen, in dem die Bodenschätze lagern.

Das westafrikanische Land Sierra Leone ist so groß wie Bayern und verfügt über zahlreiche mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Vorkommen an Diamanten, Bauxit, Rutil, aber auch das fruchtbare Land könnten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Tatsächlich aber lebt die übergroße Mehrheit der fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Sierra Leones unter der Armutsgrenze.

Seit Jahrzehnten verdienen an dem Abbau und Handel der Bodenschätze vor allem ausländische Unternehmen und eine kleine Elite in Sierra Leone. Statt mit den Einnahmen ein Bildungs- und Gesundheitssystem aufzubauen und die Bevölkerung an dem Wohlstand teilhaben zu lassen, flossen sie in die Taschen weniger. Das löste zunehmend Protest aus. Als 1991 eine Rebellenbewegung einige Diamantenminen unter ihre Kontrolle brachte, brach ein grausamer Bürgerkrieg aus. Elf Jahre lang wurde um den Zugriff auf die Bodenschätze und die damit verbundene Macht gekämpft. Vor allem europäische Konzerne kauften die wertvollen Steine und finanzierten damit die Waffenkäufe aller Kriegsparteien. Die Skandalisierung dieses Zusammenhangs durch zivilgesellschaftliche Akteure führte zu einem Verbot und infolgedessen starken Rückgang des Handels mit Konfliktdiamanten.

An den ungerechten Verhältnissen und der Ausbeutung der Bodenschätze zugunsten weniger aber hat sich nichts geändert. Noch immer vergibt die sierra-leonische Regierung bereitwillig Förderlizenzen an ausländische Unternehmen, ohne sie dazu zu verpflichten, auf die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. In den Minen selbst arbeiten Zehntausende unter gesundheitsschädlichen und menschenunwürdigen Bedingungen. Die meisten verdienen weniger als einen US-Dollar pro Tag, manche werden nur mit einer Tagesverpflegung Reis bezahlt. Kinderarbeit ist die Regel.

Die Betreiberfirmen der Minen können diese Ausbeutung durchsetzen, weil es ein Heer von Mittellosen gibt. Das hat auch damit zu tun, dass immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt allein durch die Arbeit auf dem Feld bestreiten können und abwandern. Die Landflucht hat viele Gründe, vor allem aber einen: In einem Land, in dem schon heute Nahrungsmittelknappheit herrscht, hat die Regierung die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die nächsten Jahrzehnte an ausländische Investoren verpachtet.

Diamanten machen das Leben in Sierra Leone unerträglich.

Der soziale Krieg geht weiter

Daramy Abdulai floh mit 17 nach Deutschland. Heute setzt er sich in Sierra Leone für abgeschobene Landsleute ein

Foto: medico

Der blutige Bürgerkrieg, der Sierra Leone elf Jahre lang erschütterte, drang bis in das kleinste Dorf des Landes vor. Auch die Familie von Daramy Abdulai musste fliehen. Aus der diamantenreichen Provinz Kono, wo der Krieg begonnen hatte, ging sie in die Hauptstadt Freetown, die als sicher galt. Hunderttausende hatten dort Zuflucht gesucht, als Anfang 1999 die Truppen der Revolutionary United Front (RUF) die Stadt überfielen und ein Massaker anrichteten. Der Kampf forderte mehr als 4.000 Tote. „Ich verlor meine Familie. Wir wurden alle verrückt im Krieg, ich wollte nur noch weg“, erzählt Daramy, der zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt war. Ein Freund beschaffte ihm einen Pass und drückte ihm ein Flugticket in die Hand. Im Sommer 1999 landete er in Hamburg. „Ich konnte es kaum fassen, dass ich es geschafft hatte, dass sich Leute um mich kümmerten, dass ich lebte.“ So schmerzhaft die Sorge um die Zurückgebliebenen war und die Erinnerungen an das Geschehene – er war in Sicherheit. Schon bald lernte Daramy eine Frau kennen und 2002 kam der gemeinsame Sohn Lionel zur Welt. Im gleichen Jahr wurde in Sierra Leone der Friedensvertrag unterzeichnet. In die Freude über das Kriegsende in seinem Herkunftsland mischte sich die Angst vor einer Abschiebung. Schließlich galt Sierra Leone durch den Friedensschluss deutschen Behörden wieder als „sicheres Herkunftsland“. Daramy hatte jedoch kaum mehr Kontakt nach Sierra Leone. Er sah seine Zukunft in Deutschland.

2009 bekam er den Abschiebebescheid, kurz darauf wurde er zur Ausreise gezwungen. Er hatte kaum Zeit, sich von seiner Lebensgefährtin und seinem Sohn zu verabschieden. „Ich stand schockiert am Flughafen von Freetown. Gerade mal 1.000 Leones hatte ich in der Tasche, umgerechnet einen Euro. Ich wusste nicht mal, wie ich die Fahrt in die Innenstadt bezahlen sollte.“ Mit Hilfe von Freunden hat Daramy die erste Zeit zurück in Sierra Leone überstanden. Auf der Straße traf er Bekannte, die ebenfalls aus Deutschland abgeschoben worden waren. Viele waren schwer gezeichnet von dem, was passiert war. Sie hatten ihre Familien in Deutschland zurücklassen müssen und stießen nun in Sierra Leone auf starke Ablehnung. Ihre Landsleute dachten, sie seien zurückgeschickt worden, weil sie kriminell geworden waren. Gemeinsam mit anderen Abgeschobenen gründete Daramy das Netzwerk ehemaliger Asylsuchender in Sierra Leone (NEAS): „Wir können die Asylgesetze nicht ändern, aber wir können die Leute hier würdig empfangen und sie in der ersten Zeit unterstützen.“ Außerdem sprechen wir mit denjenigen, die sich auf den Weg machen wollen. „Der Friedensvertrag von 2002 hat die Fluchtursachen nicht behoben“, erklärt Daramy. „Viele Menschen sind arm. Wenn wenigstens ein Teil des Geldes, das die Regierung mit dem Verkauf der Rohstoffe verdient, in den Aufbau von menschenwürdigen Wohn- und Lebensbedingungen fließen würde, müsste niemand weggehen.“ Die nach dem Krieg aufgewachsene Generation verdingt sich zu niedrigen Löhnen in den Minen. Tausende Menschen wurden enteignet, um auf riesigen Landflächen Zuckerrohr für den Export anzubauen. Viele fliehen wieder in die Städte oder machen sich auf nach Europa. Daramy weiß warum: „Wir kennen die Bilder von den sinkenden Booten. Und wir sagen den Leuten, dass Europa nicht aus Milch und Honig gemacht ist, dass sie nicht legal bleiben dürfen. Aber das Leben ist so hart hier, dass wir sie nicht aufhalten können. Schließlich hat jeder das Recht, ein besseres Leben zu suchen.“

Umweltzerstörung und Klimawandel

In Bangladesch ist das Haus am Meer ein Fluchtgrund. Der Klimawandel lässt den Meeresspiegel steigen und erhöht die Hochwassergefahr. Immer mehr Menschen verlieren ihre Siedlungsgebiete.

Foto: Reuters

2015 gab es über 20 Millionen Klimaflüchtlinge. 2050 könnten es zwischen 200 Millionen und einer Milliarde sein.*

Von der Rodung tropischer Wälder über die Verseuchung des Grundwassers bis zu Zwangsumsiedlungen für den Bau von Staudämmen – überall auf der Welt sorgen Eingriffe in die Natur durch den Menschen dafür, dass andere ihr Zuhause verlassen müssen. Manche dieser Phänomene sind lokal begrenzt. Der Klimawandel hingegen kennt keine Grenzen, seine Folgen sind weltweit zu beobachten.

Angesichts einer auf stetiges Wachstum ausgerichteten Produktionsweise und einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt nehmen der Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die zunehmende Entwaldung sowie die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht. „Diese Wirtschaftsweise hat zwar – besonders in der westlichen Welt – zu einem erheblichen Anstieg des Wohlstands geführt, ging und geht aber mit massiv ungleicher Verteilung, rücksichtslosem Abbau von Rohstoffen und enormer Umweltverschmutzung einher“, heißt es in dem Positionspapier der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit. Der steigende Meeresspiegel macht tief liegende, flache Küstenzonen und ganze Inselstaaten langfristig unbewohnbar. Böden und Grundwasser versalzen, Zahl und Ausmaß von Überschwemmungen nehmen zu. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürmen und Sturmfluten. Steigende Temperaturen und lang anhaltende Trockenzeiten erschweren die Landwirtschaft und verschlechtern den Zugang zu sauberem Wasser.

Die meisten dieser Veränderungen sind schleichend. Dennoch haben sie dramatische Auswirkungen, allerdings nicht überall in gleichem Maße. Der Klimawandel wird am stärksten die so genannten Entwicklungsländer im globalen Süden treffen – und damit diejenigen, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben. Noch heute verbraucht eine Bewohnerin einer Industrienation etwa fünf Mal so viel des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO_2) wie eine Bewohnerin eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes. Eine einzige Flugreise von Frankfurt am Main nach Sydney und zurück setzt so viel CO_2 frei wie die meisten der rund eine Milliarde Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, während ihres ganzen Lebens zu verantworten haben. Auch innerhalb aller Länder gibt es eine riesige Kluft zwischen den Ärmeren und denjenigen, die sich einen klimaschädlichen Lebensstil leisten können – von der Mobilität über die Nutzung von Elektrogeräten bis zu einem hohen Fleischkonsum. Gleichzeitig haben Entwicklungsländer weit weniger Chancen als Industriestaaten, sich durch technische Maßnahmen zu wappnen und an veränderte Klimabedingungen anzupassen.

Seit der Jahrtausendwende soll sich die Zahl der Klima- und Umweltflüchtlinge der International Organisation für Migration (IOM) zufolge von 25 auf 50 Millionen verdoppelt haben; für das Jahr 2050 werden bereits 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert. Besonders betroffen sind Bangladesch, viele Inseln im Südpazifik und die Länder der Sahelzone in Afrika. Gleichwohl kennt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch keine Umwelt- bzw. Klimaflucht; der völkerrechtliche Status dieser Gruppe von Flüchtlingen ist bis heute völlig ungeklärt. Für die Betroffenen gibt es daher weder juristischen Schutz noch zuständige Institutionen. Auch im deutschen Asylrecht finden Klimaflüchtlinge keine Anerkennung.

Die westlichen Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen 80 Prozent der klimaschädlichen Emissionen. In der Top Ten der Klima-Sünder liegt Deutschland auf Platz sechs.**

* www.klimaflucht.de/klimawandel-und-flucht/
** www.klimawandel-bekaempfen.dgvn.de und www.germanwatch.de

An der Flutkante

Die Folgen des Klimawandels für Bangladesch

Rein topografisch sind die Niederlande dem Meer weitaus stärker ausgeliefert als Bangladesch. So liegen große Teile des deutschen Nachbarstaats unterhalb des Meeresspiegels. Im Falle einer Sturmflut könnten sechzig Prozent der Niederlande überflutet werden. Dank hocheffizienter Deich- und Hochwasserschutzsysteme wird das aber nicht passieren, selbst bei Anstieg des Meeresspiegels ist das Land gut gewappnet. Anders ist die Situation in Bangladesch, das im Delta dreier großer Flüsse und zu weiten Teilen nur knapp oberhalb des Meeresspiegels liegt.

Weil sich das bettelarme Land ein aufwändiges Schutzsystem nicht leisten kann, sind die Küstenbewohnerinnen und -bewohner Sturmfluten und dem Anstieg des Meeresspiegels ausgeliefert. Zwar bemüht sich die Regierung um Vorkehrungen – so werden die Küsten mit Mangroven aufgeforstet –, doch reichen diese Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die Menschen und ihre an der Flutkante liegenden Häuser und Hütten zu schützen. Ohne zusätzliche Maßnahmen drohen infolge der Erderwärmung große Teile des Landes überflutet zu werden. Schon heute dringen die Wassermassen immer tiefer ins Landesinnere vor und versalzen fruchtbare Böden. Das führt dazu, dass Ackerflächen verloren gehen und die Landwirtschaft immer geringere Erträge erzielt.

Gefahr droht jedoch nicht nur an der Küste. Im Zuge des Klimawandels nimmt die Menge des Schmelzwassers zu, das aus dem Himalaya kommend die Flüsse in Bangladesch immer häufiger über die Ufer treten lässt. Auch die Niederschlagsmengen steigen, Bodenerosion verstärkt die Probleme. Schon jetzt wird während des Monsuns regelmäßig rund ein Viertel der Fläche Bangladeschs überflutet. 2011 wurden mehr als eine Million Menschen aufgrund der Fluten obdachlos. 2014 zwangen Überschwemmungen eine weitere halbe Million Menschen zur Flucht.

Bangladesch gehört schon heute zu den am dichtesten bevölkerten Staaten der Erde. Auf einem Gebiet, das nur doppelt so groß wie Bayern ist, leben mehr Menschen als in Russland. Und die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner dürfte trotz rückläufiger Geburtenrate bis 2050 voraussichtlich auf 220 Millionen angewachsen sein. Dann aber wird ein Großteil des Landes unter Wasser stehen. Allein an der Südküste des Landes werden dann 10 bis 30 Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen müssen.

Laut den Statistiken des UN-Flüchtlingshilfswerks gibt es bislang nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen aus Bangladesch. Das liegt daran, dass die betroffene Bevölkerung zumeist von der Küste und dem Land in die Städte migriert. So ist die Bevölkerung der Hauptstadt Dhaka binnen 35 Jahren von 1,5 Millionen auf heute 15 Millionen explodiert. Die überwiegende Mehrheit lebt in Slums. Ursache für diese Lebensbedingungen ist unter anderem der Klimawandel. Dabei verursacht Bangladesch, das über die siebtgrößte Bevölkerung der Welt verfügt, lediglich 0,3 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstoßes.

Stürme als Folgen des Klimawandels.

Wenn es kein anderswo gibt

Immer wieder unterspült Hochwasser die Hütte von Mollika Begum in Bangladesch. Migration ist für sie jedoch keine Option

Foto: Sven Wagner

Der einzige Weg, der zu Hochwasserzeiten in das entlegene Dorf Char Bazra im Norden Bangladeschs führt, ist ein erhöhter staubiger Pfad, auf dem kaum zwei Motorräder aneinander vorbeikommen. Immer häufiger und stärker breiten sich die Wassermassen des Tiesta-Flusses aus und lassen Felder, Wege und Häuser verschwinden. Dort, wo sich eigentlich Siedlungen, kleine Teiche, Reisfelder und Gemüseäcker befinden, ist dann bis zum Horizont nur Wasser zu sehen. Für Mollika Begum, die mit ihrer neunjähigen Tochter Sharmin in Char Bazra wohnt, gehören die an- und irgendwann wieder abschwellenden Wassermassen zum Alltag. Wer kein eigenes Land besitzt, muss unmittelbar in der gefährlichen Uferregion siedeln, wo die ohnehin karge Existenz ständig bedroht ist. Schon mehrfach hat der Fluss den Boden unter ihrer kleinen Wellblechhütte weggeschwemmt, einige Male bereits sind sie von hier nach dort gezogen und haben wieder neu angefangen.

Der Norden ist eine der ärmsten Regionen Bangladeschs. Es gibt kaum Industrie hier, die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sind auf die Landwirtschaft angewiesen. Doch viele Menschen besitzen weder Land noch Vieh. Sie leben unterhalb der untersten Armutsgrenze – von weniger als 25 Euro-Cent am Tag. Täglich fliehen Tausende vor dem Hochwasser der Flüsse im Norden und den Wirbelstürmen im Süden in Städte wie Khulna oder Dhaka. Die meisten landen in dichtbesiedelten Slums und fristen auch hier ein Leben in Armut. Wenn sich der Sturm gelegt und die Flut zurückgegangen ist, kehren einige wieder zurück in ihre Dörfer – bis zur nächsten Katastrophe. Mollikas Ehemann hat die Familie vor Jahren verlassen. Die ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dadurch noch einmal erheblich.

Mutter und Tochter lebten lange Zeit in extremer Armut. Oft mussten sie hungern. Sie hatten weder Geld für Kleidung und Medizin noch genug, um Sharmin den Schulbesuch zu ermöglichen. „Hätte ich einen Mann, wäre vieles einfacher“, erklärt Mollika. „Für mein Ansehen im Dorf ist es sehr schlecht, dass ich geschieden bin.“ Warum sie nicht weggeht, es woanders versucht? Weil es für sie kein anderswo gibt. In der Stadt wäre die Situation nicht besser, vielleicht sogar gefährlicher, und sie wäre auf sich alleine gestellt, ohne Nachbarn, Bekannte oder Verwandte wie hier auf dem Land. Und ganz woanders hingehen, das kann sich Mollika weder vorstellen noch leisten.

Also bleibt sie, trotzt dem Hochwasser und kämpft gegen Armut und Ausgrenzung. Über ein Spendenprojekt erhielt sie das Startkapital, um ein Stück Land zu pachten, Gemüse anzubauen und ein paar Enten zu kaufen. Später kamen einige Hühner dazu. Überschüssiges Gemüse und Eier verkauft sie auf dem Markt. So konnte sie sogar etwas Geld sparen. Das investierte sie in einen kleinen Laden vor ihrem Haus, in dem sie Seife, Kekse, Betelnüsse und Zigaretten verkauft. Früher mussten Mollika und Sharmin entscheiden, ob sie Reis für das Abendessen oder Stifte für die Schule kauften. Heute haben sie beides. Mit Blick auf ihre Tochter sagt Mollika: „Ich will stark sein und für eine bessere Zukunft kämpfen.“

Ausblicke

In welcher Welt wollen wir leben?

Foto: Reuters

Solidarität mit denen, die kommen. Namensaufkleber von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland im Herbst 2015.

Die Flucht nach Europa und Deutschland hat in den vergangenen Monaten hitzige politische Diskussionen entfacht und viele Fragen aufgeworfen: über das Recht auf Asyl und die Kontrolle der Zuwanderung, über Willkommenskultur und Belastungsgrenzen. Diese Broschüre zeigt, dass diejenigen, die versuchen nach Europa zu gelangen, nur ein kleiner Teil der Menschen sind, die weltweit ihr Zuhause verlassen haben.

Die Bestimmungen des internationalen Rechts, wem aus welchen Gründen Schutz zu gewähren ist, greifen angesichts der elenden Lage in vielen Regionen der Welt zu kurz. Krieg, Gewalt und staatliche Verfolgung sind nicht die einzigen Auslöser von Flucht. Menschen verlassen ihr Zuhause, weil sie unmittelbar bedroht sind, aber auch weil sie für sich und ihre Kinder aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung keine Perspektive auf ein gutes Leben in Würde sehen. Oft kommen mehrere Ursachen zusammen, wenn Menschen sich entscheiden, aufzubrechen und anderswo neu anzufangen. Dass die Chancen auf ein gutes Leben ebenso wie die Bedingungen des Überlebens weltweit extrem ungleich verteilt sind, ist der Hauptauslöser, der den meisten Flucht- und Migrationsbewegungen zugrunde liegt.

Zäune und Mauern sind keine Lösung

Die Europäische Union hat auf die Menschen, die hier Zuflucht suchen oder sich ein besseres Leben aufbauen wollen, mit der Errichtung von Zäunen und der Einführung verschärfter Grenzkontrollen reagiert. Sie hat grundlegende Rechte von Menschen auf der Flucht außer Kraft gesetzt. Mit der Türkei, Marokko und vielen anderen Staaten Afrikas wurden Abkommen geschlossen, die Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen von Europa fernhalten sollen. Dabei zeigt die Erfahrung: So lange Menschen bei sich keine Perspektive sehen oder unmittelbar bedroht sind, werden sie weiterhin alle Anstrengungen und Gefahren von Flucht und Migration auf sich nehmen. Die Flucht aus Not und Elend sowie die Suche nach einem besseren Leben lassen sich nicht unterbinden. Europa, Deutschland und wir alle stehen daher vor zukunftsweisenden Fragen: Wollen wir die Bewohnerinnen und Bewohner einer Festung sein, die sich mit Mauern und Zäunen verteidigt? Oder wollen wir in einem Gemeinwesen leben, das auf Solidarität und Empathie aufbaut? Sind wir bereit, anderen Schutz zu gewähren und ein Leben in Frieden und Sicherheit nicht nur für uns zu beanspruchen? Meinen wir es ernst mit der Fluchtursachenbekämpfung und nehmen wir dafür auch Abstriche bei eigenen Privilegien in Kauf?

Rechte in einer globalisierten Welt

Bei der Beantwortung dieser Fragen kann ein Blick auf die Menschenrechte helfen. Diesen zufolge hat jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Schließlich kann niemand etwas dafür, in welche Lebensverhältnisse er oder sie hi-

neingeboren wird, ob in Wohlstand oder Armut, in Frieden oder Krieg, in Demokratie oder Diktatur. Daher ist es kein Akt der Wohltätigkeit oder der Gnade, Menschen in Not beizustehen. Es ist nichts anderes als das Recht der anderen ebenso anzuerkennen wie das eigene. Was aber bedeutet das? Was könnte und müsste passieren, damit das Menschenrecht nicht nur auf dem Papier steht, sondern Wirklichkeit wird?

In einer Welt, in der es Krieg, Gewalt und Armut gibt, hieße es, sichere Flucht- und legale Migrationswege zu verteidigen und zu schaffen. Auf der Ebene des internationalen Rechts hieße es, den Schutz von Klima- und Umweltflüchtlingen oder die Migration von Fachkräften zu regeln. Für unsere Gesellschaft hieße es, das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Geschichten als Normalität zu verstehen und die Abwehr des oder der „Fremden“ zu überwinden. Für jüngere Generationen ist das Leben in einer globalisierten Welt längst eine Selbstverständlichkeit – mit Speisen aus dem Nahen Osten, Elektronik aus Asien, Musik aus Afrika und vielen Freunden, Bekannten und Nachbarn aus der ganzen Welt. Die deutsche Gesellschaft kommt nicht umhin, sich damit auseinanderzusetzen, was Einwanderung für sie bedeutet: Was sie ihr abverlangt, wie sie die Gesellschaft aber auch im positiven Sinne verändern wird.

Für das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen

Bei all dem geht es darum, das Recht der Menschen auf der Flucht aus elenden Verhältnissen, aber auch auf Mobilität und Freizügigkeit zu verwirklichen. Daneben gibt es gleichwohl das „Recht zu bleiben“. Hierbei geht es darum, dass Menschen gar nicht zu Flüchtlingen werden müssen. Wohlstand und Freiheit zu teilen heißt in diesem Sinne, sich für die Überwindung von Verhältnissen einzusetzen, die Menschen anderswo das Leben erschwert oder sogar unmöglich macht. Das bedeutet, sich mit der „eigenen“ Verantwortung für die Not in der Welt auseinanderzusetzen. Von Waffenexporten in Kriegsgebiete über die Zusammenarbeit mit autoritären Regierungen, die die Menschenrechte systematisch missachten, bis hin zur Ausbeutung von Rohstoffen anderer Länder und unfairen Handelbeziehungen, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung von Ländern im globalen Süden erschweren: Deutschland und Europa sind in vielerlei Hinsicht in die Entstehung von Fluchtursachen verstrickt.

Klar ist: Je gerechter die Welt gestaltet ist, umso weniger sind Menschen zur Flucht gezwungen. Der Weg dahin ist weit und für solche Veränderungen braucht es einen langen Atem. Dabei ist es jedoch hilfreich wahrzunehmen, dass es überall auf der Welt Menschen und Organisationen gibt, die sich für bessere und gerechtere Verhältnisse einsetzen. Initiativen, die in Brasilien gegen die Zerstörung der Regenwälder und Umweltverschmutzung kämpfen, die in Sierra Leone versuchen, die Ausbeutung der heimischen Rohstoffe zu verhindern, die sich in Syrien weiterhin für Frieden und Demokratie einsetzen, die in Afghanistan Opfern von Krieg und Gewalt beistehen oder die in Ägypten für die Achtung der Menschenrechte streiten. Sie alle kämpfen damit auch für das Recht aller Menschen, eine freie Entscheidung treffen zu können, ob sie zu Hause bleiben oder woanders leben möchten.

Bildung im globalen Kontext

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Flucht und Migration und den Bedingungen globaler Ungleichheit ist eine zentrale Bildungsaufgabe im 21. Jahrhundert. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt nicht nur Wissen über die sozioökonomischen, politischen, ökologischen Entwicklungen im globalen Zusammenhang, sondern auch Kompetenzen, die für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt erforderlich sind. Um solidarisch denken und handeln zu können, brauchen wir Bildungsprozesse, die sich an Demokratie und Menschenrechten orientieren und Bewusstsein über gesellschaftliche Machtverhältnisse schaffen. Wir möchten Lehrende und Lernende in Schule und außerschulischer Bildung ermutigen, auch eigene Privilegien, Vorurteile und Verhaltensmuster zu reflektieren und sich darüber auszutauschen, wie jede und jeder zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen kann. Hierzu soll diese Broschüre Anregungen geben.

Infomaterial

Über die folgenden Internetlinks finden Sie weitere Materialien, die sich dazu eignen, über Fluchtursachen in der Schule oder in anderen Bildungskontexten aufzuklären, an besondere Problemlagen geflüchteter Menschen heranzuführen, Vorurteile abzubauen sowie Empathie und Verantwortungsbewusstsein im Sinne einer umfassenden Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

- Die GEW bietet unter dem Themenschwerpunkt „Flucht und Asyl“ neben Hintergrundinfos auch eine Sammlung „Material für die Praxis“. Der Flyer „Recht auf Bildung – auch ohne Papiere“ informiert über den Umgang mit Schul- und Kitaanmeldungen von Kindern in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. In ihren Handlungsempfehlungen „Bildung kann nicht warten“ formuliert die GEW konkrete Vorschläge zu bildungspolitischen Maßnahmen, um den Zugang zu Bildung gewährleisten zu können.
  www.gew.de/flucht-und-asyl

- medico international informiert über die Arbeit der Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa zum Thema Flucht und Migration und vermittelt weiteres Hintergrundwissen. Zusätzlich können Filme heruntergeladen und kostenlose Informationsmaterialien bestellt werden.
  www.medico.de/migration

- Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft – Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit. **www.aufruf-fuer-solidarische-bildung.de**

- „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler. Es bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Diesem größten Schulnetzwerk in Deutschland gehören über 2.000 Schulen an, die von rund einer Million Schülerinnen und Schülern besucht werden. **www.schule-ohne-rassismus.org**

- Der Interkulturelle Rat organisiert die jährlich stattfindenden „Internationalen Wochen gegen Rassismus“. Hier engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteure wie Schulen und Volkshochschulen, Sportvereine, Gewerkschaften, Betriebe mit Aktionen und Veranstaltungen für Offenheit und Toleranz und machen deutlich, dass in Deutschland kein Platz für Rassismus ist. **www.interkultureller-rat.de**

- Das Portal Globales Lernen ist das zentrale deutschsprachige Internetangebot zum Globalen Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Zum Thema „Flucht und Asyl“ wurde ein Schwerpunkt eingerichtet. Dort zu finden sind Bildungsmaterialien, Bildungsangebote für Schulen, Hinweise auf Aktionen und Kampagnen, Ausstellungen und Veranstaltungen und Publikationen. Ein Fokus, der auch dazu inspirieren will, sich mit Einzelschicksalen von Flüchtlingen in der Bildungsarbeit wie auch privat auseinanderzusetzen. **www.globaleslernen.de/de/aktuelles/fokus-flucht-und-asyl**

- Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ von KMK und BMZ gibt konkrete Empfehlungen und Handlungsanleitungen für die Einbeziehung von Themen nachhaltiger und globaler Entwicklung in die Lehrpläne beinahe aller Unterrichtsfächer der Grundschule, der Sekundarstufe I und beispielhaft auch der beruflichen Bildung.
  www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/nachhaltige-entwicklung-im-unterricht

- Die Globale Bildungskampagne (GBK) ist die deutsche Koalition der Global Campaign for Education (GCE), einem weltumspannenden Netzwerk von NGOs und Bildungsgewerkschaften. Gemeinsam setzen sie sich dafür ein, dass jeder Mensch sein Recht auf eine gute Bildung wahrnehmen kann. Die jährlich stattfindenden Aktionswochen standen 2016 unter dem Motto „Zuflucht Bildung“. **www.bildungskampagne.org**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund DGB. Mit mehr als 280.000 Mitgliedern aus den Bereichen der frühkindlichen bis zur Erwachsenenbildung ist die GEW die größte Gewerkschaft für Bildungsfachkräfte in Deutschland. Ihre Mitglieder engagieren sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bildungsbereichen und eine Bildung, die alle Menschen einbezieht, bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten abbaut und die gegen Ausgrenzungen aufgrund von Herkunft und sozialer Stellung, Konfession oder Weltanschauung, Geschlecht oder Nationalität stark macht. Dabei ist die GEW parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. In Bündnissen und Initiativen mit anderen setzt sich die GEW für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung ein. Sie fördert die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und ist Mitglied im Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ sowie im Förderverein Pro Asyl. Mit dem Heinrich-Rodenstein-Fonds unterstützt die GEW verfolgte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und ihre Familien in aller Welt. Über die Initiative „fair childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit“ will die GEW dazu beitragen, dem Verbot der Kinderarbeit Geltung zu verschaffen und das Recht aller Kinder auf Bildung zu verwirklichen.

www.gew.de

medico international

Seit fast 50 Jahren leistet medico international Hilfe für Menschen in Not. Dazu gehört die Unterstützung lokaler Partnerorganisationen von und für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie in Deutschland und Griechenland. In Flüchtlingslagern in Syrien, Irak, Libanon oder auch der Westsahara leisten medico-Partner Überlebenshilfe in Form von Nahrungsmitteln und Basisgesundheitsversorgung. In Westafrika unterstützt medico Selbstorganisationen von Abgeschobenen, in Mexiko und Marokko Migrantenherbergen entlang der gefährlichen Migrationsrouten und in Ägypten und Israel die medizinische Versorgung von Flüchtlingen. In Griechenland und in der Türkei stehen von medico geförderte Helfer-Teams besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie unbegleiteten Jugendlichen und Folteropfern zur Seite, intervenieren gegen illegale Haft und Abschiebepraktiken und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Auch das Watch the Med Alarmphone, das seit Oktober 2014 Notrufe von Flüchtlingen in Seenot entgegennimmt und so verhindert, dass noch viel mehr Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer sterben, wird von medico gefördert. In Deutschland fördert medico die psychosoziale Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen und die Verbesserung der medizinischen Versorgung von Asylsuchenden. Zugleich engagiert medico sich gemeinsam mit Partnerorganisationen in aller Welt für die Bekämpfung struktureller Fluchtursachen wie ausbeuterischer Handelsbeziehungen, Landraub oder die Folgen von Naturkatastrophen.

www.medico.de

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

medico international

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
D-60489 Frankfurt/Main
Tel. (069) 78973-0
Fax (069) 78973-201
info@gew.de
www.gew.de

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt/Main
Tel. (069) 94438-0
Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

1997 wurde die von medico international initiierte Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.